

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
4 / 2007

Politischer Bericht aus Brüssel

Neue Regierung in den Niederlanden steht!

27. Februar 2007

Judith Schreiber / Markus Russ
Verbindungsstelle Brüssel



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: 089 1258-202 oder -204
Fax: 089 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Neue Regierung in den Niederlanden steht

Die Bildung der neuen Regierung erwies sich als ein schwieriges Unterfangen. Nach den turbulenten Monaten des vergangenen Jahres, die schließlich zu vorgezogenen Neuwahlen mit einem eher überraschenden Ergebnis führten, kam es nun zu einer neuen Regierungsbildung zwischen der CDA (*Christen Democratic Appèl*), der PvdA (*Partij van de Arbeid*) und der Christen Unie (christliche, eher links situierte Partei).

Ohne Regierungskrise und den damit einhergehenden vorgezogenen Neuwahlen hätte die nächste Wahl im Mai 2007 stattgefunden, da in den Niederlanden grundsätzlich alle vier Jahre gewählt wird. Während die Regierung Balkenende I aufgrund unüberwindbarer Divergenzen in der Koalition von CDA, VVD und der LPF (Lijst Pim Fortuyn) lediglich 86 Tage hielt, schaffte es Balkenende II zumindest drei Jahre bis zur eben dargestellten Regierungskrise. Der Ausgang der Kommunalwahlen im vergangenen März, ein überragender Sieg der linken PvdA unter dem Spitzenkandidaten Wouter Bros, deutete auf ein ähnliches Ergebnis bei den folgenden Parlamentswahlen hin. Gleichzeitig geriet die zu der Zeit amtierende Mitte-Rechts Koalition, die sich aus CDA, der liberalen VVD und der kleinen linksliberalen Fraktion D66 zusammensetzte, durch ihre Wahlniederlage ins Wanken: Dem Vorsitzenden der CDA, Balkenende, wurde u.a. mangelnde Führungsstärke vorgeworfen, der Vorsitzende der VVD, Jozias van Aartsen, trat nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses zurück und auch der „Mini-Partner“ D66 kämpfte mit internen Schwierigkeiten. Ferner erschwerte die sogenannte Passaffäre rund um die umstrittene Integrationsministerin Verdonk (VVD) und ihre Parteikollegin Ayaan Hirsi Ali die Regierungsarbeit und führte letztlich zum Austritt der D66 aus der Koalition. Auf Dauer konnte die Minderheitenkoalition aus CDA und VVD das Land jedoch nicht weiter regieren und die volle Legislaturperiode ausschöpfen, daher wurden nach dem Rücktritt des Kabinetts Balkenende II am 3. Juli 2006 Neuwahlen für den 22. November 2006 anberaumt.

Inwieweit veränderten die Neuwahlen nun die niederländische Parteienlandschaft?

Insgesamt traten sechs Spitzenkandidaten an: Jan Peter Balkenende (CDA), Wouter Bros (PvdA), Mark Rutte (VVD), Jan Marijmissen (SP-Socialistische Partij), Femke Halsema (GL-GroenLinks) und Alexander Perchthold (Democraten 66).

Laut Prognosen hätte Wouter Bros die besten Voraussetzungen zu einer parlamentarischen Mehrheit gehabt. Es kam jedoch ganz anders: Letztendlich verunsicherte Bros viele Wähler durch Aussagen wie wohlhabende Rentner hätten demnächst Steuern zu zahlen oder Hypothekenzinsen sollten nicht mehr steuerlich absetzbar sein. Jedenfalls waren die Auswirkungen auf das Wahlergebnis verheerend, die PvdA konnte ihre ursprüngliche Popularität nicht konsolidieren.

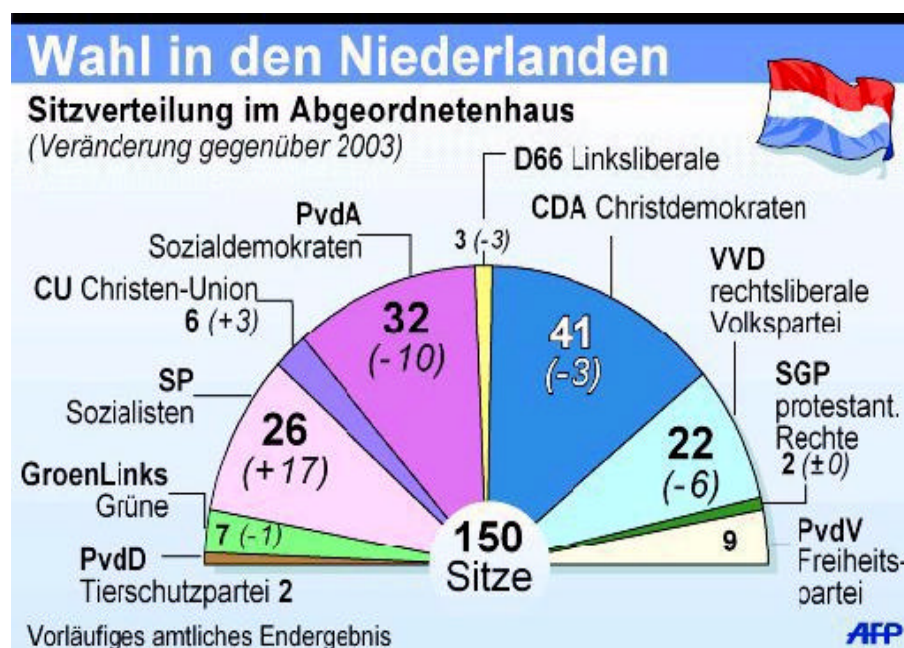
Sehr wohl verteidigen konnte seine Position als stimmenstärkste Partei hingegen die CDA. Dies kam etwas überraschend, da Balkenende laut Umfragen bis zum vorzeitigen Ende der letzten Legislaturperiode in der Wählergunst immer schlechter dastand. Trotz des Verlustes von drei Sitzen gilt die CDA als Sieger der Wahlen. Die Wähler erkannten die positiven Auswirkungen der Sozialreformen der Regierung, die sich in einer gesunkenen Arbeitslosenquote, einem wirtschaftlichen Aufschwung von 3% und einem ausgeglichenen Haushalt manifestierten. Darüber hinaus kamen Balkenende die bereits erwähnten Ausrutscher seines Kontrahenten Bros zugute.

Ebenfalls als Sieger aus den Wahlen ging die sozialistische Partei (SP) hervor. Die massiven Zugewinne sind wohl darauf zurückzuführen, dass die SP ihr soziales Profil stark und glaubwürdig herausstellen konnte, und damit genau den Nerv jener, die sich von der Regierung Balkenende in ihren sozialen Belangen nicht oder zu wenig unterstützt sahen, traf.

Durch innerparteiliche Machtkämpfe und die umstrittene Integrations- und Immigrationspolitik von Exministerin Verdonk hatte der ehemalige Koalitionspartner VVD deutlich an Stimmen verloren. Auch gelang es ihm nicht, die Erfolge der Regierungsarbeit wirksam im Wahlkampf umzusetzen.

Nennenswert innerhalb der kleineren Parteien sind zum einen die Tierschutzpartei, die es als einzige ihrer Art in Europa geschafft hatte, mit zwei Sitzen ins Parlament einzuziehen, zum anderen rechts außen die neu gegründete Pvd Vrijheid („Partei von der Freiheit“), die von null auf sechs Prozent anzuwachsen vermochte und damit immerhin neun Sitze im Parlament besetzt.

Die Ergebnisse als Graphik



Insgesamt befinden sich nach der Wahl ganze zwölf Parteien im Parlament, was die Bildung einer Koalition nicht einfach machte. Obwohl die regierende CDA auch weiterhin stimmenstärkste Partei ist, so fehlt dennoch die erforderliche Mehrheit von 76 Sitzen für eine große Koalition aus Sozialdemokraten und Christdemokraten.

Angeichts des Wahlerfolgs der Sozialisten und der hohen Verluste des ehemaligen rechtsliberalen Koalitionspartners VVD, war Wahlsieger Balkenende gezwungen, der PvdA Koalitionsverhandlungen anzubieten.

Die Periode, in der sich eine neue Regierungskonstellation herauskristallisieren soll, ist in den Niederlanden der sogenannte *Formation Process*. Aufgrund der komplexen innenpolitischen Situation, die bisweilen vorherrscht, ist es in den Niederlanden höchst unwahrscheinlich, dass eine Partei die absolute Mehrheit erreicht. In aller Regel sind es, wie auch nach den letzten Wahlen, zwei Großparteien und ein kleinerer Partner, die es letztlich schaffen, eine Regierung zu bilden. Der *Formation Process* beginnt grundsätzlich am Tag nach den Wahlen, die abgewählte Regierung bleibt währenddessen allerdings noch im Amt. Die Sprecher der beiden Parlamentshäuser, Staatsrat und die Vorsitzenden der Parteien, erstatten der Königin Bericht über die Konsequenzen, die sie aus dem Wahlergebnis ziehen. Auf

Basis dieses Berichts ernennt die Königin dann einen sogenannten *Informateur*, dessen Aufgabe es ist, die verschiedenen möglichen Konstellationen auszuloten, um herauszufinden, welche Parteien wohl am ehesten für eine konstruktive Zusammenarbeit in einer Regierung geeignet wären. Anschließend informiert er die Königin über seine Erkenntnisse. Nun ist es wiederum an ihr, einen oder mehrere *Formateurs* zu ernennen. Letztere fungieren als Mediatoren zwischen den verhandelnden Parteien, die der *Informateur* zuvor empfohlen hat. Die Übereinkünfte werden danach schriftlich aufgesetzt, in der Regel enthalten sie eine Kombination der jeweiligen Parteiprogramme der Mitgestalter. In Anwesenheit der Königin, findet auf den Stufen des *Royal Palace Huis ten Bosch in Den Haag* die Vereidigung der Minister sowie die förmliche Präsentation des Kabinetts gegenüber dem Volk, statt. Hiermit endet der *Formation process*, wobei dieser meist über längere Zeit hin andauert.

Wesentlich zügiger als erwartet schritten die Verhandlungen nach diesen Wahlen voran. Nach dem erwarteten Scheitern der Verhandlungen zwischen CDA, PvdA und SP gingen die Gespräche um die Regierungsbildung am 18. Dezember in die zweite Runde. Am ersten Februarwochenende konnten sich die Vertreter der drei an der neuen Regierung beteiligten Parteien auf eine gemeinsame vorläufige Regierungserklärung einigen. Neben CDA und PvdA ist die CU (Christen Unie) die dritte Partei im Bunde. Sie scheint sich als geeigneter Koalitionspartner in dieser Konstellation herauszukristallisieren, da sich mit beiden Großparteien Gemeinsamkeiten finden lassen: Sozialökonomisch ist die ChristenUnie eher im linken Spektrum anzusiedeln, auf den Gebieten Sterbehilfe, Abtreibung und Homo-Ehe sind ihre Standpunkte eher konservativ. Eine tragende Rolle bei der sehr raschen und geheimen Kabinettsbildung kam laut internen Informationen dem *Informateur* Herman Wijffels zu. Letzterer betonte im Speziellen die zentrale Position, die der nachhaltigen Entwicklung in der künftigen Regierungsarbeit zukommen sollte.

Betrachtet man die wichtigsten Punkte, die bisher innerhalb der Verhandlungen besprochen wurden, kann man feststellen, dass beide Großparteien Teile ihres respektiven Wahlprogramms in der Koalitionsvereinbarung wiederfinden können. So hatte sich beispielsweise die PvdA in der Frage der Generalamnestie durchsetzen können: In Zukunft wird es Asylwerbern, die ihren Asylantrag vor 2001 gestellt haben und seit dieser Zeit in den Niederlanden ohne Strafregistereintrag leben, möglich sein, ein Bleiberecht zu erlangen. Damit nimmt die Hardlinerpolitik der letzten Regierung im Bereich Integration nun vorläufig ein Ende.

Hingegen wurde die Frage Finanzierung des AOW (Allgemeine Ouderdomswet = Allgemeine Pensionsversicherungsanstalt) im Sinne der Christdemokraten gelöst: Anstelle des Vorschlags der PvdA, an der Finanzierung die Rentner zu beteiligen, soll nun ein System erstellt werden, das die Menschen eher dazu bewegt, länger zu arbeiten. Insgesamt drängen PvdA und Christen Unie auf eine sozialere Politik; Sie haben angekündigt, dass eine grundlegende Richtungsänderung hinsichtlich der Unterstützung der ärmeren Bevölkerungsschichten stattfinden würde. Auch in den Bereichen Gesundheit und Bildung dürfe keinesfalls gespart werden.

Fest steht, dass zusätzlich zu den bisherigen Leistungen 750 Millionen Euro für Familien mit Kindern, bei denen beide Eltern arbeiten, verwendet werden. Des Weiteren soll es künftig ein separates Ministerium geben, das sich speziell mit dem immer alarmierender werdenden Zustand der Großstädte in den Niederlanden beschäftigt, um so den sozialen Spannungen und Ausschreitungen in den Problemvierteln entgegenzuwirken und die dortige Integration zu fördern. Wie in allen anderen westeuropäischen Ländern, wird auch diese Regierung nicht umhinkommen, die Tatsache der immer älter werdenden Bevölkerung und der daraus resultierenden Problematik der Finanzierung der Pensionssysteme zu behandeln. Wie schon erwähnt, sollen in dieser Hinsicht jene belohnt werden, die über ihr 65. Lebensjahr hinaus arbeiten, und jene benachteiligt, die früher aufhören.

Ein weiteres zentrales Thema wird auf jeden Fall die Umweltpolitik sein. Hierfür hat sich die neue Regierung ein äußerst ambitioniertes Ziel gesetzt: 2020 sollen die Niederlande das sauberste Land Europas sein! Um dies zu erreichen, müssen 800 Millionen Euro in den Umweltschutz investiert werden, insbesondere im Bereich der Energiepolitik. Darum soll auch hier anstelle eines bloßen Staatssekretärs ein eigenes Umweltministerium geschaffen werden.

Konkret sieht die Ressortverteilung wie folgt aus:

Der 50jährige **Jan Pater Balkenende** bleibt als **Premierminister** an der Spitze seines nun bereits vierten Kabinetts. Wurde er in der Vergangenheit oftmals wegen seiner vermeintlich mangelnden Führungsqualitäten kritisiert, so schätzen die Niederländer jetzt seine Integrität, Routine und Stabilität.

Finanzminister wird der 43jährige **Wouter Bros**. Dieser hatte eigentlich während des Wahlkampfes mehrfach deutlich gemacht, er werde in keinem Kabinett, in dem er nicht Premierminister ist, mitwirken. Durch den innerparteilichen Druck, insbesondere aber auf das Drängen der CDA hin, musste Bros schlussendlich von seiner Ansage abweichen. Bros ist politisch eher unerfahren, arbeitete aber früher rund um den Globus für ein englisch/niederländisches Ölunternehmen.

Der **Jugend- und Familienministerposten** wurde an den Parteichef der Christen Unie, **André Rouvoet** (45), vergeben. Dass die Wahl gerade auf ihn fiel, hatte sich bereits zuvor abgezeichnet, da er sich in der Vergangenheit lang und intensiv für die Schaffung dieses Ministeriums eingesetzt hatte. Rouvoet, ein calvinistischer Protestant, gilt als herausragendes politisches Talent: 2004 wurde er von der parlamentarischen Presse zum Politiker des Jahres gewählt.

Als **Außenminister** wurde **Maxime Verhagen** (50) von der CDA ernannt. Seit längerem schon wollte er dieses Ressort, die Interessen der Partei hielten ihn jedoch an der Parteispitze. Seine Ernennung kann als Entgegenkommen Balkenendes angesehen werden, dem Verhagen schon mehrmals in Krisenzeiten den Rücken gedeckt hatte. Der neue Außenminister ist für seine scharfe Zunge und seinen rauen Umgangston gegenüber seinen politischen Kontrahenten bekannt.

Ernst Hirsch Ballin (56) von der CDA wird zu seinem alten Posten als **Justizminister** zurückkehren. Von 1989-1994 war er Justizminister unter Premierminister Lubbers. Da er in die sogenannte IRT Affäre (Drogenverkauf von mehreren Polizisten aufgefliegen) verwickelt war, hatte er sein Amt niederlegen müssen.

Überraschend kam die Ernennung von **Ronald Plasterk** (49) von der PvdA zum **Bildungsminister**. Plasterk ist Molekularbiologe und hat sich einen Namen als Kommentator der Zeitung *Volkskrant* gemacht. Er ist überzeugter Atheist, was möglicherweise zu Konflikten mit CDA und CU führen könnte. In der Vergangenheit hatte er häufig die mangelhafte Bildungspolitik kritisiert, nun kann er sich mit Reformen in diesem Bereich beweisen.

Über den neuen **Verteidigungsminister**, **Eimert van Middelkoop** (57) von der CU wird behauptet, er sei ein fähiger Politiker, ein gewandter Redner und ein origineller Denker.

Gesundheit, Wohlfahrt und Sport. Genau für die Abschaffung dieses Ressorts hatte sich **Abraham Klink** (48) von der CDA einst eingesetzt, jetzt wurde es erstaunlicherweise ihm übertragen. Er gilt als Parteiideologe und ist gut mit Balkenende befreundet. Außerdem stammte das Wahlprogramm der CDA von ihm.

Den perfekten Lebenslauf für das Ministerium für **Entwicklung und Zusammenarbeit** scheint wohl **Bert Koenders** (48) von der PvdA zu haben: Nachdem er Wirtschaft und Internationale Beziehungen studiert hatte, arbeitete er bei den UN und als Assistent des EU-Kommissars Hans van den Broek. Lange Zeit war Koenders der Pressesprecher seiner Partei für Auswärtiges, wobei er sich insbesondere für einen Untersuchungsausschuss bezüglich der Beteiligung der Niederlande im Irakkrieg einsetzte. Die neue Koalition musste ihn jedoch enttäuschen und lehnte eine solche Enquête ausdrücklich ab.

Frischen Wind in die neue Regierung bringt der erst 33-jährige **Camiel Eurlings** von der CDA, der das Ministerium für **Transport und Wassermanagement** übernommen hat. Zweieinhalb Jahre lang war er als Abgeordneter im Europaparlament tätig, jetzt ist er einer der jüngsten Minister der Geschichte in den Niederlanden.

Für das **Umweltministerium** wurde die einstige Aktivistin gegen atomare Energie, **Jaqueline Cramer** (55) vom PvdA, ernannt. 20 Jahre lang war sie Vorsitzende einer Umweltorganisation. Ab dem Ende der 80er Jahre, arbeitete sie in einem Forschungsinstitut für nachhaltige Entwicklung und verantwortungsvolle Produktionsmethoden.

Des Weiteren sind **Piet Hein Donner** (58), CDA, für **Soziales**, **Gerda Verburg** (49), CDA, für **Landwirtschaft und Ernährung**, **Guusje ter Horst** (54), PvdA, für **Inneres**, **Ella Vogel-aar** (57), PvdA, für **Integration** und **Maria van der Hoeven** (57), CDA, für **Wirtschaft** als Minister ernannt.

„Alle guten Dinge sind drei“, so sagt es ein altes Sprichwort. Es bleibt nun abzuwarten, ob Balkenende III (bzw. IV, wenn man die Minderheitenkoalition während der Übergangsregierung hinzuzählt) seinem Anspruch gerecht werden und seine Regierung bis zu den nächsten planmäßigen Wahlen führen kann.

Judith Schreiber studiert Jura an der Universität Wien und ist derzeit Praktikantin in der Verbindungsstelle Brüssel.